

Rouven Freudenthal

Im Auge des Sturms: Aktuelle Forschungsergebnisse zur Situation queerer Menschen in Deutschland und weltweit

Die Zeiten für queere Menschen werden rauer. In den USA hat die Trump-Administration der „Wokeness“ den Kampf angesagt und bereits viele Unternehmen dazu bewogen, ihre Bemühungen um Diversität herunterzufahren. Auch hierzulande wächst die Sorge vor dem Verlust von Freiheiten und Rechten. Doch wie steht es tatsächlich um die Akzeptanz von LGBTQIA+ in Deutschland und weltweit? Das Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos gibt in seinem „Ipsos LGBT+ Pride Report 2025“ fundierte und umfassende Einblicke in aktuelle gesellschaftliche Dynamiken und deren Implikationen für die Lebensrealität queerer Menschen. Seit 2021 beleuchtet die 26-Länder-Studie, wie sich die öffentliche Meinung zu einer Reihe von Themen entwickelt hat – vom Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare über Antidiskriminierungsgesetze bis hin zu DEI-Programmen in Unternehmen und trans* Personen im Leistungssport. Für Deutschland zeigen die Forschungsdaten einige positive Trends, global gesehen aber viele problematische Entwicklungen.

Das Pendel schwingt zurück

Der Weg zum Fortschritt ist oft gepflastert mit Unwägbarkeiten und Hindernissen. Als Ipsos im Jahr 2021 erstmals den „LGBT+ Pride Report“ publizierte, waren viele Menschen auf der ganzen Welt noch immer vom Mord an George Floyd im Mai 2020 und den Eindrücken der Black-Lives-Matter-Bewegung betroffen. In dieser Zeit haben sich viele Marken und Unternehmen öffentlich zu Vielfalt und Akzeptanz positioniert. Auch innerhalb ihrer Organisationen wurden vermehrt Richtlinien und Programme eingeführt, die darauf abzielen, Chancengleichheit und Inklusion zu fördern.

Vier Jahre später hat sich der Zeitgeist gewandelt und die Widerstände wachsen. Neben Migrant*innen und People of Color sehen sich auch queere Menschen zunehmend häufig als Gegenstand politischer Diskussionen und populistischer Auseinandersetzungen. Die aufgeheizte Debatte um das Hissen der Regenbogenflagge auf dem Reichstag zum Berliner CSD hat dies erst kürzlich wieder vor Augen geführt. Das Urteil des britischen Supreme Courts zum 2010 Equalities Act, demzufolge die gesetzliche Gleichstellung nicht für trans* Frauen gilt, zeigt ebenfalls: Auch in Europa sind gleiche Rechte und der Schutz vor Diskriminierung nicht garantiert. Der Kulturkampf gegen LGBTQIA+ ist ein globales Phänomen, das für viele Queers bereits im Alltag spürbar ist und sich nicht nur in einer gestiegenen Anzahl erfasster queer-feindlicher Straftaten, sondern auch in den Daten der Ipsos-Studie manifestiert.

Die gute Nachricht ist: Es gibt auch Signale, die Hoffnung machen. So herrscht in Deutschland beispielsweise nach wie vor breiter Konsens darüber, dass sexuelle Minderheiten

vor Benachteiligungen geschützt werden müssen. Die schlechte Nachricht ist: Weltweit hat sich die Lage für LGBTQIA+ in den letzten vier Jahren signifikant verschlechtert. Zu den Ländern, in denen die Ablehnung besonders stark zugenommen hat, gehören nach Trumps Kreuzzug gegen Diversität und Wokeness wenig überraschend auch die USA.

Leuchtturm Deutschland

In den letzten Jahren ist die Zahl der Deutschen, die persönliche Berührungspunkte zur queeren Community haben, kontinuierlich angestiegen. Während im Jahr 2021 noch 40 Prozent der Bundesbürger*innen angaben, eine homosexuelle Person aus ihrem Familien-, Freundes- oder Kollegenkreis zu kennen, sind es heute bereits 56 Prozent. Fast jede*r Dritte (30%) berichtet von bisexuellen Familienangehörigen, Freund*innen oder Kolleg*innen – eine Steigerung um 13 Prozentpunkte in den letzten vier Jahren. Bei trans* Menschen (15% | +8 pp) und nicht-binären Personen (11% | +7 pp) hat sich dieser Wert im selben Zeitraum sogar mehr als verdoppelt.

Womöglich liegt es gerade in diesem Umstand begründet, dass drei Viertel der Deutschen die Meinung vertreten, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle (78%) und trans* Personen (75%) grundsätzlich vor Diskriminierung geschützt werden sollten – zum Beispiel bei der Arbeit oder bei der Wohnungssuche. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu dieser Aussage in Deutschland sogar jeweils um 5 Prozentpunkte gestiegen. Etwa ebenso viele (74%) unterstützen die Aussage, dass gleichgeschlechtliche Paare bei der Adoption von Kindern die gleichen Rechte haben sollten wie heterosexuelle Paare. 71 Prozent der Bundesbürger*innen befürworten zudem, dass Homosexuelle legal heiraten

dürfen sollten, während sich nur jede*r Zehnte (10%) gegen jede Form der rechtlichen Anerkennung ausspricht.

Etwas verhaltener fällt die Zustimmung aus, wenn es um konkrete Gesetze geht, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verbieten sollen. Ein Grund hierfür mag in der anhaltenden Debatte um eine mögliche Änderung von Art. 3 Abs. 3 GG und die Ergänzung des Merkmals „sexuelle Identität“ liegen. Lediglich die Hälfte der Bevölkerung (49%) würde solche Gesetzesvorhaben unterstützen, während sich fast jede*r Fünfte (18%) explizit dagegen ausspricht.

Globaler Gegenwind

Anders als in Deutschland, wo die Akzeptanz in den letzten Jahren vergleichsweise stabil geblieben oder in manchen Bereichen sogar gestiegen ist, geraten queere Menschen weltweit immer stärker unter Druck. In vielen der von Ipsos untersuchten Länder – allen voran in den USA – hat sich die Stimmung gegenüber LGBTQIA+ zuletzt merklich verschlechtert. Dieser Trend lässt sich besonders anschaulich an zwei Statements ablesen, die die Lebensrealitäten queerer Menschen in besonderer Weise berühren.

„Ich unterstütze LGBTQIA+, die bezüglich ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität allen gegenüber offen sind.“ Diese Aussage wird inzwischen global gesehen von weniger als der Hälfte der Befragten (47%) bejaht. Das sind 8 Prozentpunkte weniger als noch 2021. In den USA ist dieser Wert im gleichen Zeitraum sogar um 13 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt aktuell nur noch bei 43 Prozent. Das Zeigen von Zuneigung unter queeren Menschen in der Öffentlichkeit, etwa durch Küssen oder Händchenhalten, wird weltweit sogar nur von 37 Prozent der Befragten befürwortet. In den USA sind es mit 34 Prozent sogar noch weniger (–7 pp seit 2021), während die Zustimmung in Deutschland um 5 Prozentpunkte auf heute 44 Prozent angestiegen ist.

Mehr Sichtbarkeit und Wahrnehmung für die Belange von LGBTQIA+ scheinen Gesellschaften aktuell besonders stark zu polarisieren. Darauf deuten auch die Forschungsergebnisse von Ipsos zum Thema queer-freundliche Marken hin, die im weiteren Verlauf diskutiert werden. Doch auch queere Rechte werden zunehmend infrage gestellt. Anders als in Deutschland ist die Unterstützung für die rechtliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie für das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare global betrachtet binnen vier Jahren deutlich gesunken. Trotz dieses Rückgangs genießen gleichgeschlechtliche Paare (69%, –5 pp) und Familien (59%, –5 pp) in den meisten Ländern aber nach wie vor eine relativ hohe Akzeptanz und werden mehrheitlich befürwortet. Für einige andere queere Themen, vor allem Schutzmaßnahmen für trans* Menschen, gilt das nicht.

Trans* Menschen im Brennpunkt

Weltweit erkennen zwei Drittel der Befragten (66%) an, dass trans* Menschen in ihrer Gesellschaft diskriminiert werden. Dennoch bleibt die Unterstützung für die Rechte von TIN*-Personen – also trans*, inter* und nicht-binären Menschen, die sich nicht in die binäre Geschlechterordnung einfügen – vergleichsweise gering und ist zuletzt sogar noch einmal merklich zurückgegangen. Dies zeigt sich zum Beispiel bei den Einstellungen zur geschlechtsbejahenden Behandlung von trans* Teenagern oder bei der Frage, ob trans* Personen frei entscheiden dürfen sollten, welche öffentlichen Toiletten- oder Umkleieräume sie nutzen möchten.

Auch eine geschlechtsneutrale „dritte Option“ in offiziellen Dokumenten (z.B. Reisepässe oder Visa) für Personen, die sich weder als weiblich noch als männlich identifizieren, wird nur noch von einer Minderheit (46%, –6 pp seit 2023) weltweit befürwortet. In den USA hat die Trump-Administration diese Entwicklung bereits für sich zu nutzen versucht: In einem im Januar unterzeichneten Dekret wurde kurzerhand die Passpolitik geändert und das Recht auf Selbstidentifikation beschnitten. Für TIN*-Reisende könnten die verschärften Regelungen – sofern sie nicht gerichtlich unterbunden werden – gravierende Folgen haben, da ihnen Zwangsouting, Diskriminierung oder die Verweigerung der Einreise droht.

Als noch größeres Reizthema erweisen sich jedoch trans* Personen im Leistungssport. Aktuell sind nur noch 22 Prozent der Befragten aus 23 Ländern der Meinung, dass trans* Athlet*innen auf Basis ihrer empfundenen Geschlechtsidentität und nicht ihres bei der Geburt zugewiesenen Geschlechts an Wettkämpfen teilnehmen dürfen sollten. Zum Vergleich: Vor vier Jahren wurde dies noch von jedem Dritten (32%) weltweit befürwortet. Der Widerstand ist derzeit am stärksten in Großbritannien und Ungarn, wo jeweils 61 Prozent der Befragten trans* Athlet*innen ablehnen. Auch Deutschland folgt bei dieser Frage dem globalen Trend: Nur noch jede*r vierte Bundesbürger*in (25%) spricht sich dafür aus, was einem Rückgang von 7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 entspricht.

Gegen den Strom: Gendergraben spaltet Gen Z

Neben großen geografischen Unterschieden zeigen sich der Ipsos-Studie zufolge auch signifikante Differenzen im Antwortverhalten von Frauen und Männern. Insbesondere bei der Gen Z (Jahrgänge 1996 bis 2012) gehen die politischen Überzeugungen, gerade in sozialen Fragen, zunehmend auseinander: Während junge Frauen immer liberalere Ansichten entwickeln und die Toleranz gegenüber queeren Menschen stetig zunimmt, tendieren junge Männer heutzutage häufiger zu konservativen Haltungen. Entsprechend finden sich unter den Gen-Z-Männern auch deutlich weniger Unterstützer der LGBTQIA+ Community. So befürwor-

tet eine klare Mehrheit der Gen-Z-Frauen weltweit gleichgeschlechtliche Ehen (61%) und Antidiskriminierungsgesetze (59%). Unter jungen Männern finden sich dagegen keine Mehrheiten (46%, 43%).

Bemerkenswerterweise treten die geringsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Frauen und Männern der Generation Z auf, wenn Themen zur Sprache kommen, die trans* Menschen betreffen. Hier liegt der Gender Gap je nach Fragestellung „nur“ zwischen 9 und 15 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede zeigen sich dagegen bei Fragen rund um queere Sichtbarkeit – also zu sämtlichen Maßnahmen und Initiativen, die darauf abzielen, queere Identitäten und Erfahrungen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens sichtbar zu machen (zum Beispiel in den Medien, im Sport oder im Alltag). Während 59 Prozent der jungen Frauen offen lesbische, schwule oder bisexuelle Athlet*innen in Sportmannschaften unterstützen, sind es unter den Gen-Z-Männern nur 37 Prozent. Die Hälfte der Gen-Z-Frauen (49%) wünscht sich außerdem mehr queere Charaktere im Fernsehen, in Filmen und in der Werbung. Unter den Gen-Z-Männern teilt nur jeder Vierte (26%) diese Meinung. Dem Engagement von queer-freundlichen Unternehmen und Marken stehen Männer der Gen Z im Unterschied zu jungen Frauen ebenfalls besonders kritisch gegenüber. Der Gendergraben beträgt bei dieser Frage ganze 24 Prozentpunkte: Während 58 Prozent der weiblichen Vertreterinnen der Gen Z es begrüßen, wenn sich Unternehmen öffentlich für die Rechte von LGBTQIA+ aussprechen, gilt dies nur für rund ein Drittel (34%) der jungen Männer.

Herausfordernde Zeiten für queer-freundliche Marken

In den letzten Jahren haben viele Marken ihre DEI-Marketingaktivitäten verstärkt und sich öffentlich gegen Rassismus, Homophobie und andere Formen der Diskriminierung positioniert. Inzwischen ist jedoch eine Abkühlung zu spüren, das zeigen die Ipsos-Daten ganz deutlich. Weltweit nimmt die Unterstützung für queer-freundliche Marken seit einigen Jahren kontinuierlich ab – nicht nur unter jungen Männern der Generation Z, sondern gesamtgesellschaftlich. In den vergangenen vier Jahren ist die Unterstützung für Unternehmen, die sich aktiv für die Gleichberechtigung von LGBTQIA+ einsetzen, global um 8 Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Befürworter*innen ist von 49 Prozent im Jahr 2021 auf heute 41 Prozent zurückgegangen.

Angesichts der hitzigen DEI-Debatte in den Vereinigten Staaten wurde in der diesjährigen Ausgabe des „Ipsos LGBT+ Pride Report“ erstmals auch die Einstellung der Menschen zu Arbeitgebern untersucht, die Programme für queere Mitarbeitende ins Leben rufen. Dabei zeigte sich, dass das Interesse an unternehmensinternen Initiativen für LGBTQIA+ allgemein eher verhalten ist. In 22 der 26 be-

fragten Länder ist der Anteil der Kritiker*innen jedoch noch geringer – viele Befragte äußern sich neutral. In Deutschland befürworten 38 Prozent der Bundesbürger*innen solche Initiativen, während rund ein Fünftel (19%) sie ablehnt. Auch bei dieser Frage ist die Meinungslage in den USA noch polarisierter als hierzulande: Ein Drittel (35%) der US-Amerikaner*innen befürwortet Programme für queere Mitarbeitende, ein weiteres Drittel (34%) hat eine neutrale Haltung und wiederum ein Drittel (31%) ist entschieden dagegen.

Navigieren im Nebel

Was sollten Entscheider*innen und Markenverantwortliche also tun? Eines scheint gewiss: Unternehmen, die in den letzten Jahren ihre DEI-Programme ausgebaut haben, geraten heute zunehmend unter Rechtfertigungsdruck – obwohl wissenschaftliche Studien belegen, dass diverse Teams deutlich produktivere und kreativere Lösungen für Probleme finden. Einige Unternehmen haben sogar bereits auf politische Entscheidungen reagiert und ihre Initiativen im Bereich DEI zurückgefahren oder eingestellt, einschließlich ihres Engagements bei CSD- und Pride-Events.

Sich über den Lärm hinwegzusetzen und die Datenlage nüchtern zu betrachten, kann dabei helfen, bessere und informiertere Entscheidungen zu treffen. Auch wenn Social Media und Boulevardnachrichten den Eindruck vermitteln können, es gäbe einen großen „Wokelash“ gegen alle Pride-Month-Kampagnen, ist die Realität nuancierter. Zwar ist die Unterstützung für queer-freundliche Unternehmen und Marken weltweit gesunken, doch der Widerstand ist prozentual relativ stabil geblieben – wenn auch lauter. In Deutschland sprechen sich lediglich 8 Prozent der Befragten stark ablehnend aus, während eine überwältigende Mehrheit von 85 Prozent das Engagement von Unternehmen für die LGBTQIA+ Community nach wie vor grundsätzlich positiv oder neutral bewertet. Und auch in vielen anderen Bereichen erweist sich Deutschland als Leuchtturm der Akzeptanz.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Einstellungen gegenüber queeren Menschen weltweit in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen werden und ob die Bundesrepublik ihre Position im Auge des Sturms bewahren kann. In dieser undurchsichtigen und stürmischen Zeit kann es schwierig sein, den Weg nach vorne klar zu erkennen. Doch eine alte Maxime, auf die wir uns bei Ipsos gerne berufen, gilt auch in unserer modernen Welt noch immer:

„Den Tüchtigen hilft das Glück.“

Methode

Der Artikel basiert auf den Forschungsergebnissen der Studie „Ipsos LGBT+ Pride Report 2025“, die Ipsos auf der

Online-Plattform Global Advisor in 26 Ländern durchgeführt hat. Für die Online-Umfrage wurden zwischen dem 25. April und dem 9. Mai 2025 insgesamt 19.028 Personen befragt. In Deutschland waren die Befragten zwischen 16 und 74 Jahre alt, die Stichprobe umfasste rund 1.000 Personen.

Zu den 26 befragten Ländern gehören neben Deutschland: Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Niederlande, Peru, Polen, Schweden, Singapur, Spanien, Südafrika, Südkorea, Thailand, Türkei, Ungarn, USA.

In 16 der 26 befragten Länder ist die Internetdurchdringung hoch genug, sodass die Stichproben als repräsentativ

für die Gesamtbevölkerung in den untersuchten Altersgruppen angesehen werden können – darunter auch Deutschland.

Der vollständige Ipsos LGBT+ Pride Report 2025 kann hier kostenlos heruntergeladen werden: <https://resources.ipsos.com/pride-studie-2025.html>.

Rouven Freudenthal ist Senior PR & Marketing Specialist bei Ipsos, einem weltweit führenden Unternehmen für Markt- und Sozialforschung. Als Co-Lead der weltweiten, unternehmensinternen DEI-Initiative „Belong“ engagiert er sich außerdem für die Förderung von Vielfalt und Inklusion.

